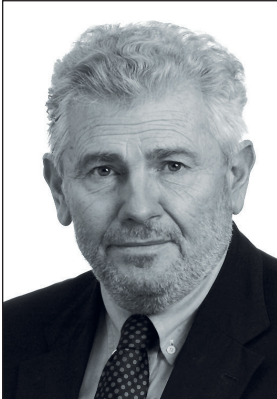


Andreas Mölzer

## Österreich: Wenn Patrioten die Wahlen gewinnen



**N**och konnte das politische Establishment die Übernahme der Regierung durch die rechtsdemokratischen Freiheitlichen in Österreich verhindern. Zur Vorgeschichte und zum Verlauf: Am 29. September des Jahres 2024 fanden in der Alpenrepublik Wahlen zum Nationalrat, also Parlamentswahlen statt. Von den 6,3 Millionen Wahlberechtigten wurden nahezu 4,8 Millionen gültige Stimmen abgegeben. Und mit 29 Prozent dieser Stimmen war die Freiheitliche Partei Österreichs

(FPÖ) unter der Führung von Herbert Kickl die stärkste Partei des Landes. Mit Abstand gefolgt von der christlich-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit 26 Prozent, danach den Sozialdemokraten (SPÖ) mit 21 Prozent und den Kleinparteien der NEOS mit neun Prozent und der Grünen mit acht Prozent.

Nach fünf Jahren einer Bundesregierung unter Führung der ÖVP in einer Koalition mit den Grünen unter dem Motto „das Beste aus zwei Welten“ war das Land krisengebeuteltes in einer wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch einigermaßen desorientierten Situation. Zwar waren diese fünf Jahre, also die vergangene Legislaturperiode, tatsächlich von multiplen Krisen – auch für Österreich – geprägt: die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und die dramatische Inflation stellten die Regierung vor einigermaßen schwierige Aufgaben. Ganz offensichtlich scheiterte diese schwarz-grüne Regierung aber beim Versuch, diese zu bewältigen. Stattdessen setzten die Grünen eine Reihe von sündteuren und ökonomisch offensichtlich sinnlosen klimapolitischen Maßnahmen durch, die den Staatshaushalt des Landes aufs Äußerste belasteten. Die zwar rein numerisch

dominierende Volkspartei war während dieser Regierungsperiode politisch nahezu gelähmt, da sie wegen mehrerer Korruptionsskandale ihren Frontmann, den jugendlichen Bundeskanzler Sebastian Kurz, verloren hatte und sich dafür über mehrere Jahre vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss verantworten musste.

Dieses Versagen führte jedenfalls dazu, dass bereits vor dem Wahltermin im September 2024 alle Umfragen darauf hingewiesen, dass die oppositionellen Freiheitlichen die Parlamentswahlen gewinnen würden. Dieses Umfragehoch war wohl auch der Grund dafür, dass das Staatsoberhaupt, der von den Grünen stammende Alexander Van der Bellen, in verschiedensten Medien Monate vor dem Wahltermin kundtat, er würde den FPÖ-Chef Herbert Kickl niemals, auch wenn er der Wahlsieger wäre, zum Bundeskanzler ernennen. Als Grund dafür nannte der deklariert linkslastige Bundespräsident, dass Kickl EU-feindlich eingestellt sei und prorussisch, dass er in der Coronakrise wissenschaftsskeptisch gewesen wäre und dass er wie Viktor Orbán im benachbarten Ungarn eine illiberale Demokratie errichten wolle.

## **Das Ringen um die Regierungsbildung**

**B**ereits am Wahlabend konnte man nach der Verkündung des Wahlergebnisses aus den Kreisen der Mainstream-Medien und der etablierten Parteien hören, dass die Kickl-FPÖ zwar mit 29 Prozent Wahlsieger sei, dass man aber doch nicht übersehen dürfte, dass 71 Prozent der Österreicher ihn nicht gewählt hätten und damit gegen die Freiheitlichen wären.

Und noch eine überraschende, aber auch erschreckende Meldung prägte die ersten Tage unmittelbar nach dem Wahlgang: Ganz plötzlich wurde nämlich ruchbar, dass es ein Loch von etwa 20 Milliarden Euro im österreichischen Staatshaushalt gebe, von dem man vor der Wahl angeblich seitens der Regierung nichts gewusst habe. Angesichts der Tatsache, dass das jährliche Budget der Republik Österreich etwa 120 Milliarden Euro beträgt, bedeutete dieses Defizit im Staatshaushalt, dass das Land weit über den von der Europäischen Union vorgegebenen Limits in Sachen Staatsschulden stand. Und das sollte



*Erfolgreicher Wahlkampf der FPÖ „Festung Österreich“: Mit Spitzenkandidat Herbert Kickl stärkste Partei bei den Herbstwahlen 2024.*

schließlich auch dazu führen, dass Monate später, im Juni des Jahres 2025, von der Europäischen Union ein Defizitverfahren über das Land verhängt, dieses also unter budgetpolitische Kontrolle Brüssels gestellt wurde. Wären die österreichischen Wähler bereits vor dem Wahltag mit dieser katastrophalen Lage des Staatshaushalts konfrontiert gewesen, wäre das Ergebnis für die Freiheitlichen möglicherweise noch besser ausgefallen.

Das österreichische Staatsoberhaupt, also der Grüne Van der Bellen, das nach der Verfassung des Landes nach Parlamentswahlen in Hinblick auf die Regierungsbildung weitgehende Freiheiten hat, verfügte jedenfalls zuerst einmal, dass die Parteien informell miteinander sprechen sollten, um festzustellen wer mit wem koalieren könne. Dies wohl wissend, dass bereits vor dem Wahlgang die maßgeblichen Vertreter von ÖVP und SPÖ erklärt hatten, niemals und in keiner Weise mit Herbert Kickl und den Freiheitlichen in eine Regierung gehen zu wollen.

Und obwohl es den politischen Usancen der Zweiten Republik entsprochen hätte, zuerst einmal den Wahlsieger, also den Chef der

stärksten Partei, mit der Regierungsbildung zu beauftragen, erklärte der Bundespräsident nach wenigen Tagen, er habe vernommen, dass keine der schwächeren Parteien mit den siegreichen Freiheitlichen, die ja über keine absolute Mehrheit im Parlament verfügen würden, koalieren wolle. Und deshalb würde er den Vorsitzenden der zweitstärksten Partei, also der auch schon bisher regierenden Volkspartei, mit der Regierungsbildung beauftragen.

Tatsächlich trat Karl Nehammer, Obmann der ÖVP und bisheriger Bundeskanzler, nun an die Sozialdemokratie unter Andreas Babler und die drittstärkste Partei die NEOS unter Beate Meinl-Reisinger heran, um mit diesen Regierungsverhandlungen aufzunehmen.

Die politisch-mediale Begleitmusik dazu war allerdings alles andere als erfreulich, da sogar die etablierten Wortspender und Kommentatoren in den Mainstream-Medien das Vorgehen des Bundespräsidenten, dass er nämlich die stimmenstärkste Partei von vornherein bei der Regierungsbildung ausgeschlossen hatte, kritisierten. Er hätte doch vielmehr Herbert Kickl damit beauftragen sollen und erst nach dessen ohnedies mit Sicherheit zu erwartenden Scheitern den Zweitstärksten. So könne sich der FPÖ-Chef nun als demokratiepolitischer Märtyrer gerieren.

Die Verhandlungen der drei Verlierer-Parteien verliefen in der Folge während der Herbstmonate des Jahres 2024 mehr als schleppend. Zum einen, weil eine Drei-Parteien-Koalition für Österreich ein absolutes Novum bedeutete und die Abstimmung der höchst unterschiedlichen Wahlversprechen und der ideologischen Ausgangspositionen sich als überaus schwierig erwies. Zum anderen, weil die wirtschaftliche Lage der Alpenrepublik sich gleichzeitig höchst negativ entwickelte: in Hinblick auf Staatsschulden und Inflation geriet das Land beschämenderweise in die Position des Schlusslichts innerhalb der EU. Außerdem war das zur gleichen Zeit offensichtlich gewordene Scheitern einer Ampel-Koalition in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland auch ein sich negativ auswirkendes Begleitphänomen.

Dennoch glaubte man in der österreichischen Öffentlichkeit zu Jahresbeginn 2025, dass es nunmehr sehr schnell zur Verkündung ei-

ner Drei-Parteien-Einigung auf eine neue Koalition kommen werde. Vorgesehen war dafür laut Medienmeldungen der Dreikönigstag. Unmittelbar davor allerdings der Knalleffekt: die Chefin der NEOS Beate Meinl-Reisinger erklärte, sie könne sich mit der Reform-Unfähigkeit der Sozialdemokraten nicht abfinden, weshalb sie die Regierungsverhandlungen platzen lassen müsse.

Und dann überstürzen sich die Ereignisse: Der bisherige Chef-Verhandler der Volkspartei, deren Obmann Karl Nehammer, trat zurück und erklärte, sich aus der Politik völlig zurückziehen zu wollen. Sein Nachfolger wurde der bisherige Generalsekretär der Partei, der 65-jährige Anwalt Christian Stocker. Und Wunder über Wunder, der Bundespräsident beauftragte noch selbigen Tags den Parteiobmann der bei den Wahlen siegreichen Freiheitlichen, Herbert Kickl mit der Regierungsbildung.

## Die Scheinverhandlungen

**B**ereits in der zweiten Woche des Jahres erging von Bundespartei-Obmann der FPÖ Herbert Kickl an die Österreichische Volkspartei die Einladung zu Regierungs-Verhandlungen. Sein Gegenüber für diese Verhandlungen sollte der neue ÖVP-Chef Christian Stocker sein, der Kickl noch wenige Wochen zuvor in öffentlichen Äußerungen, wie in Parlamentsreden als Paria der österreichischen Innenpolitik bezeichnet hatte, den im Lande niemand wolle und niemand brauche. Nun musste Stocker gute Miene zum bösen Spiel machen und reuig Kooperations-Bereitschaft zeigen. Von den Medien wurde ihm deshalb ein gewaltiger Verlust an Glaubwürdigkeit attestiert.

Die erste Notwendigkeit, vor der die mutmaßlich nächste Bundesregierung stand, war gegenüber der Brüsseler EU-Zentrale einen sogenannten „Budget-Weg“ zu skizzieren, also eine Strategie wie Österreich das gewaltige Budgetdefizit bewältigen wolle, ohne in ein EU-Defizitverfahren zu geraten. Dies gelang innerhalb weniger Tage und wurde von Brüssel auch akzeptiert.

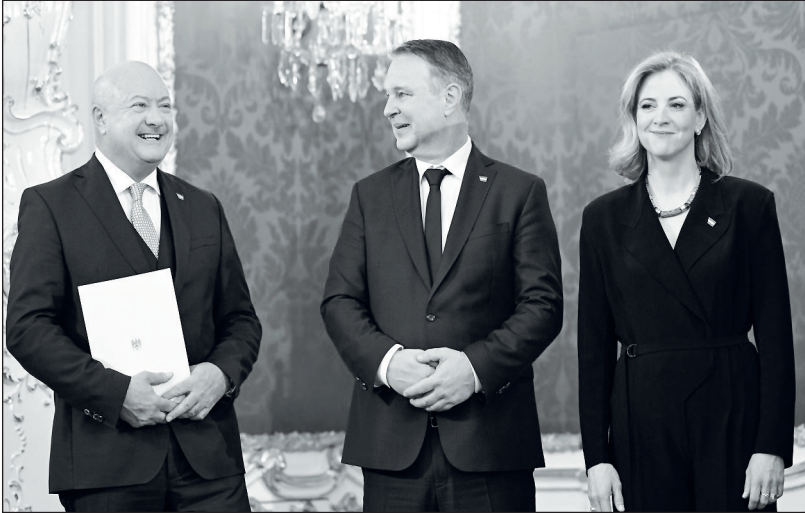
Insgesamt verhandelten FPÖ und ÖVP nahezu einen Monat, wobei diese Verhandlungen nach dem Budget-Beschluss zunehmend schlep-

pend verliefen. Wobei die mediale Begleitmusik seitens der Mainstream-Medien von andauernder Häme und Ablehnung geprägt war. Die freiheitlichen Verhandler mussten dabei zunehmend den Eindruck gewinnen, dass die ÖVP mehr oder wenig gezielt auf das Scheitern dieser Verhandlungen hinarbeitete. Als dann ein umfangreiches Verhandlungspapier „geleakt“ und über FPÖ-kritische Medien veröffentlicht wurde, in dem freiheitliche Maximalforderungen aufgeführt waren, war klar, dass dies aus ÖVP-Kreisen kam und für ein Scheitern der Regierungsverhandlungen sorgen sollte.

Darüber hinaus wurde öffentlich, dass es unter den Verhandlern einen Dissens über die personelle Ausgestaltung der geplanten Koalitionsregierung gab. FPÖ-Chef Kickl bestand auf die Position des Innenministers, da er die Ansicht vertrat, dass dies zur Lösung der Migrations- und Asylfrage unabdingbar sei. Die ÖVP gestand den Freiheitlichen allerdings das Finanzministerium zu, gab aber zu verstehen, dass sie auf das Innenministerium keinesfalls verzichten würde, die Verhandlungen eher platzen lassen wolle.

Indessen wuchs der mediale Druck auf die Volkspartei, doch keinesfalls den Rechtspopulisten Kickl in das Kanzleramt zu verhelfen. Und auch aus dem Ausland kam entsprechender Druck. Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europaparlament, der CSU-Abgeordnete Weber war eine der lautesten Stimmen gegen eine Mitte-Rechts-Koalition in Österreich. Und auch aus Berlin, das kurz vor den Bundestagswahlen stand, kam hinter den Kulissen entsprechender Druck seitens der CDU, dass Österreich durch eine FPÖ-ÖVP-Koalition keinesfalls die von den Christdemokraten in Deutschland errichtete Brandmauer gegenüber der AfD unterlaufen dürfe.

Angesichts dieser Entwicklung zog der freiheitliche Parteichef Herbert Kickl von sich aus die Reißleine und legte nach fünfwöchiger Verhandlung bei einem Besuch beim Bundespräsidenten in der Wiener Hofburg den Auftrag zur Regierungsbildung zurück. Er könne keiner Bundesregierung vorstehen, in der er nicht in der Lage wäre, seine Wahlversprechen einzuhalten. Ohne die Kompetenzen des In-



*Das neue Spitzenteam der Verlierer-Koalition (von links): Christian Stocker (Bundeskanzler, ÖVP), Andreas Babler (Vizekanzler, SPÖ) und Beate Meinl-Reisinger (Äusseres, NEOS).*

nenministeriums wäre er als Bundeskanzler nur eine Art politischer Frühstücksdirektor. Und ihm sei die Durchsetzung politischer Inhalte wichtiger als ein hohes Amt und die Würde des Bundeskanzlers.

In der Folge ging alles sehr rasch: der Bundespräsident betraute den Vorsitzenden der zweitstärksten Partei, also den ÖVP-Chef Christian Stocker neuerlich mit der Regierungsbildung. Dieser initiierte sofort eine Neuauflage der zuvor gescheiterten Dreier-Koalitionsverhandlungen zwischen den Verliererparteien.

Das Narrativ des politischen Establishments und der Mainstream Medien über die gescheiterten Verhandlungen zur Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition lautete nun: Kickl hat die Chance, Kanzler zu werden, gehabt und er hat sie verbockt.

Im Gegensatz dazu wird von freiheitlicher Seite gemutmaßt, dass diese längsten Regierungshandlungen der Zweiten Republik – immerhin mehr als ein halbes Jahr – nach der anfänglichen Fehlentscheidung des Bundespräsidenten, den Wahlsieger nicht mit der Regierungsbil-

derung zu beauftragen, doch einer gezielten Strategie folgten, um die Freiheitlichen und Herbert Kickl zu verhindern: Nach dem Scheitern der ersten Dreier-Verhandlungen erfolgte die verdächtig schnelle Beauftragung Kickls durch das Staatsoberhaupt. Wobei offenbar dessen präsumptiver Koalitionspartner Christian Stocker gewissermaßen den Auftrag hatte, diese Verhandlungen durch sein Beharren auf die Position des Innenministers zum Scheitern zu bringen. Um damit doch noch die anfängliche Strategie der Kickl-Verhinderer durchzuziehen, diesen nämlich trotz Regierungsbildungsauftrag scheitern zu lassen. Demnach hätten der grüne Bundespräsident, der Vorsitzende der Volkspartei und jener der Sozialdemokratie, perfekt zusammengearbeitet. Und damit bekam Österreich trotz des Wahlsiegs der Freiheitlichen am 29. September 2024 eine Koalition aus drei Verlierer-Parteien.

## **Eine glücklose Regierung und ein Land im Abstieg**

Nach relativ kurzen Verhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und den NEOS einigte man sich auf die Bildung einer Austro-Ampel, also einer Verlierer-Koalition unter dem neuen Bundeskanzler Christian Stocker, dem Vorsitzenden der Volkspartei. Die Motivation für diese Regierungsbildung bestand keineswegs in gemeinsamen Visionen für Österreich oder in einem realpolitisch konsistenten Programm der drei Parteien zur Lösung der Probleme des Landes, sondern einzig und allein im Bestreben, den Wahlsieger vom September des Vorjahres, Herbert Kickl, als Bundeskanzler zu verhindern.

Obwohl es im Bereich der Mainstream-Medien des Landes ein spürbares Aufatmen gab, dass der so gefürchtete „Rechtspopulismus“ vor dem Einzug in das Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz gerade noch gestoppt werden konnte, war die Begeisterung in der österreichischen Öffentlichkeit über die neue Bundesregierung überaus schwach. Von Anbeginn ihres Wirkens im März des Jahres fürchtete man Friktionen zwischen den drei Parteien, wie man sie gerade erst im benachbarten Deutschland angesichts der dort gerade geschei-

terten Ampel-Koalition beobachten hatte können. Und ebenso war die Mehrheit der Österreicher – und nicht nur jene, die die Freiheitlichen favorisieren – bereits mit der Aufnahme der Regierungstätigkeit der Dreier-Koalition überzeugt, dass deren einzige Gemeinsamkeit eben im politischen Kampf gegen die FPÖ bestand.

Diese Perspektivlosigkeit der neuen Bundesregierung zeigte sich bereits unmittelbar nach der Regierungsbildung in überaus schwachen Umfragewerten, die von Monat zu Monat bis zum heutigen Tag noch fallen sollten. Gegenwärtig verfügen alle drei Parteien gemeinsam kaum noch über eine absolute Mehrheit. Wobei politische Beobachter überzeugt sind, dass gerade diese Schwäche der Garant dafür sein dürfte, dass diese Regierungskoalition bis zum letzten Tag der Legislaturperiode, also bis zum Herbst 2029 durchdienen würde.

Indessen wurde die wirtschaftliche Situation des Landes immer dramatischer. Schnell stellte sich heraus, dass das ohnedies bereits überhöhte Defizit im Staatshaushalt für das laufende Jahr und auch für die nächsten Jahre noch ansteigen und das Land die EU-Vorgaben keineswegs erfüllen würde. Der neue Finanzminister mit dem für diese Funktion überaus sinnreich Namen Marterbauer, ein sozialdemokratischer Ökonom und Vertreter eines radikalen Keynesianismus, versuchte zwar, die explodierenden Staatsschulden zu bagatellisieren, konnte aber nicht verhindern, dass das Land nunmehr tatsächlich mit einem EU-Defizitverfahren bedacht wurde.

Tatsächlich steht Österreich mit seiner einst prosperierenden Volkswirtschaft gegenwärtig im Bereich der Schlusslichter in der ökonomischen Entwicklung innerhalb der Europäischen Union: mit den in der Relationen höchsten Staatsschulden, einer der höchsten Inflationsraten und massiv steigender Arbeitslosigkeit. Und die Menschen im Lande stöhnen zunehmend unter der massiven Teuerung, leiden unter Einkommens- und Kaufkraft-Verlust ihrer Gehälter und Pensionen und müssen feststellen, dass ihre Sparguthaben massiv an Wert verloren haben.

Der Bundeskanzler, der Vorsitzende der Volkspartei Christian Stöckl, scheint eher den Vorruhestand und die politische Altersteilzeit

anzustreben als die Bewältigung der massiven Probleme des Landes. Der Vizekanzler, SPÖ Chef Andreas Babler ist mit immer stärker werdenden Gegenbewegungen in der eigenen Partei konfrontiert, deren Landesorganisationen revoltieren und deren Spitzenpersonal immer häufiger gegen die Parteilinie agiert und ausschert. Und die Außenministerin, die Vorsitzende der NEOS Beate Meinl-Reisinger, versucht sich durch hektische Auslandsreisen – mehrfach in die Ukraine zu Präsident Selenskyj – zu profilieren, wobei sie dabei Österreichs Neutralität beschädigt und trotz des allgemeinen Sparzwangs sinnlose Millionengeschenke an Krisenländer verteilt.

Gleichzeitig steigen die Beliebtheitswerte der Freiheitlichen und insbesondere jene des Parteichefs Herbert Kickl in bislang nicht gesehene Höhen: Bei der Sonntagsfrage erreicht die FPÖ bereits um 10 Prozent mehr als das Wahlergebnis vom September des Vorjahres ausmachte, steht also bei tendenziell 40 Prozent. Und in der Kanzler-Frage hat Kickl den amtierenden Bundeskanzler und alle anderen Konkurrenten ebenfalls weit abgehängt. Politische Beobachter sind allerdings der Ansicht, dass diese Höhenflüge in den Umfragen nicht so sehr auf die Leistungen der Freiheitlichen zurückzuführen seien, sondern vielmehr durch die offensichtliche Schwäche der amtierenden Regierung begründet sind.

Aber wie auch immer, Tatsache ist, dass die FPÖ unter Herbert Kickl bei Wahlen gegenwärtig einen triumphalen Sieg einfahren würde und man wohl kaum verhindern könnte, dass sie Regierungsverantwortung übernimmt. Allerdings ist, wie bereits erwähnt, davon auszugehen, dass diese glücklose Regierungskoalition eben noch weitere vier Jahre ausdehnen wird. Und zwar in der vagen Hoffnung, dass sich die Umstände doch noch ändern könnten, dass die Freiheitlichen, wie bereits öfter in der Vergangenheit, politisch abstürzen würden und sie selbst die Zustimmung der Bevölkerung doch noch erlangen könnten.

Die Zukunftsperspektiven der FPÖ und Herbert Kickls sehen naturgemäß gegenläufig aus: Man hofft durch konsequente Oppositionsarbeit die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung schrittweise steigern zu können, wobei Demoskopien gegenwärtig bereits das Er-

reichen einer absoluten Mehrheit für denkmöglich halten. Und obwohl gegenwärtig innerhalb der anderen Parteien nach wie vor jede Kooperation mit der Kickl-FPÖ ausgeschlossen wird, kann man davon ausgehen, dass sich sowohl innerhalb der Volkspartei, als auch innerhalb der Sozialdemokratie das Führungspersonal bis zur nächsten Parlamentswahl ändern wird oder dass diese Parteien aufgrund ihrer Schwäche vor Spaltungen stehen könnten. Dass sich also Österreichs politische Landschaft ebenso dramatisch ändern könnte, wie dies bereits im benachbarten Italien der Fall war.

Doch abgesehen von derlei parteitaktischen Erwägungen stellt sich die Frage, ob sich das Land angesichts der Hilflosigkeit der gegenwertigen Bundesregierung innerhalb der nächsten vier Jahre bis zur möglichen Regierungsübernahme durch die Freiheitlichen nicht derart negativ entwickeln würde, dass Reformen ohnedies zu spät kämen. Bei einem Anhalten der massenhaften illegalen Zuwanderung könnte bis dahin der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund bereits die Mehrheit im Lande stellen. Die damit verbundenen kulturellen und sozialen Konflikte müssten zwangsläufig ein Ausmaß erreichen, das aus dem Lande eine Ghetto- und Konfliktgesellschaft machen würde. Die Sozialsysteme würden kollabieren und der wirtschaftliche Abstieg Österreichs, die die Endindustrialisierung und die Verarmung der Bevölkerung würden sich wohl ungebremst fortsetzen.

Es ist jedenfalls höchst ungewiss, ob es den Freiheitlichen gelingen kann, das Land noch zu retten. Mit Sicherheit allerdings stellen sie gegenwärtig die letzte Zukunftshoffnung der Österreicher dar. ■